Georg Busch

Hochkonjunktur ohne Schattenseiten

Kräftiges Wachstum bei stabilen Rahmenbedingungen kennzeichnet die Lage der österreichischen Wirtschaft im 1. Halbjahr 1990. Kaum ein Indikator trübt derzeit das günstige Konjunkturbild. Nachfrage und Produktion erhielten im Frühjahr neuen Auftrieb; dennoch zeigt die Inflation keine Tendenz zur Beschleunigung, und die Leistungsbilanz bleibt im Gleichgewicht. Für die nächsten Monate sind zwei Risikofaktoren auf internationaler Ebene entscheidend: der Anstieg des Zinsniveaus und die unmittelbaren Folgewirkungen der deutsch-deutschen Währungsunion.

Am deutlichsten zeigt sich der wiedergewonnene Schwung der Konjunktur in der Industrie Sie erzeugte in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 10¾% mehr als im Vorjahr und war damit Schrittmacher auch für andere Sektoren der Wirtschaft. Die um Saison- und Kalendereinflüsse bereinigten Monatswerte der Produktion weisen schon seit Herbst steil nach oben, im Durchschnitt des I Quartals stieg der Index um nicht weniger als 5,1% gegenüber dem Vorquartal.

Bei diesem Tempo konnte der Rückstau an unerledigten Aufträgen verkürzt werden, obwohl gleichzeitig neue Bestellungen wieder zahlreicher eingingen als vor der Jahreswende. Über einen längeren Zeitraum wird sich die rasche Gangart freilich nicht fortsetzen, wenn der Auftragsüberhang weiter abgebaut wird

Fast alle Branchen werden derzeit vom Aufschwung erfaßt, am meisten profitieren die Erzeuger von Fertigwaren, vor allem von Investitionsgütern, aber auch von langlebigen Konsumartikeln.

Obwohl der effektive Wechselkurs des Schillings wieder aufwärts tendiert, wächst der Export bisher ähnlich rasch wie im Vorjahr (I Quartal +11¼% im Jahresabstand, zu laufenden Preisen) Zu Jahresbeginn sind auch die Auslandsaufträge an die Industrie sprunghaft gestiegen. Allerdings hat sich die Nachfrage weiter zugunsten der Märkte in Westeuropa verschoben; vor allem die Bundesrepublik Deutschland ist als Abnehmer österreichischer Waren wichtiger denn je. Dagegen bleibt der Ostexport deutlich zurück — wohl eine Folge der Übergangsschwierigkeiten bei der Änderung der Wirtschaftsordnung in den Oststaaten[1])

Einen kräftigen Aufschwung nahm Anfang 1990 die Konsumnachfrage im Inland Die Steuerreform 1989, erhebliche Lohnsteigerungen im Herbst und der wachsende Bedarf an Arbeitskräften haben das Konsumklima sehr günstig beeinflußt. Immer mehr Haushalte sehen nun den geeigneten Zeitpunkt für größere Anschaffungen, die auch häufiger als bisher durch Kredite finanziert werden Nach einem Rekordzuwachs von fast 10% im Jänner erzielte der Einzelhandel im Februar um 5¼% höhere Umsätze als im Vorjahr; die Käufe von dauerhaften Konsumgütern sind besonders konjunkturreagibel, sie stiegen im Durchschnitt beider Monate um 13%

Wegen der Umstellung der Förderungsbestimmungen ist die Nachfrage nach Wohnbauleistungen weiterhin gedämpft; auch die hohen Zinsen lassen keine rasche Belebung erwarten. Zahlreiche Aufträge im Tiefbau dem Wirtschaftsbau und im Adaptierungssektor sowie gute Arbeitsbedingungen im schneefreien Winter sicherten der Bauwirtschaft von Jänner bis März dennoch einen Umsatzzuwachs von rund 6% gegenüber dem Vorjahr

Konjunktur aktuell

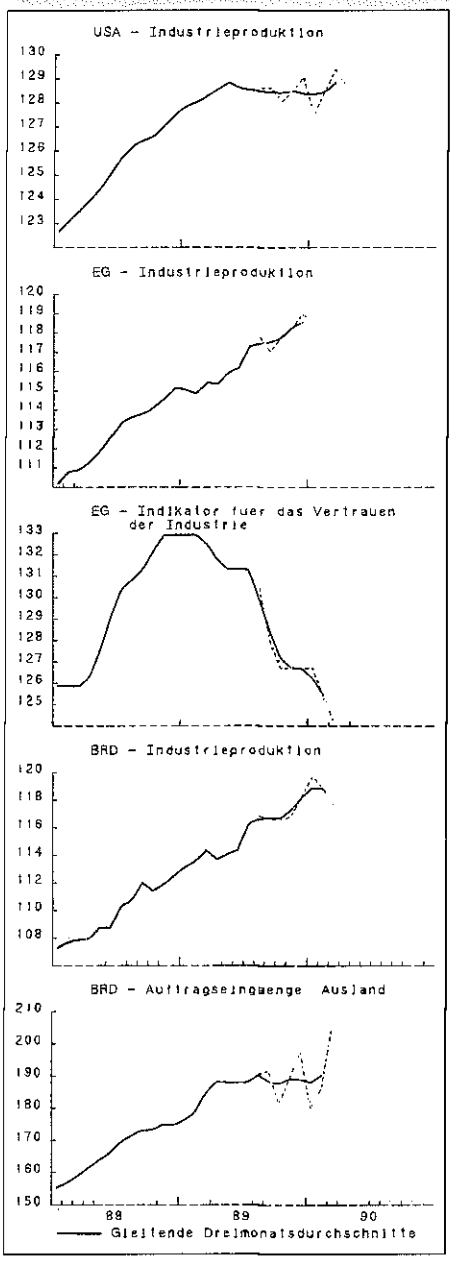
		Letzter Monat		Konjunkturbarometer[1])
		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Industrieproduktion Konjunkturreihe		März	+12,5	=
Auftragseingänge (ohne Maschinen) nominell				
Ausland		März	+ 0,3	+
Inland		März	+ 2 9	+
Leading Indicator		März	–	=
Unselbständig Beschäftigte		Mai	+ 2 2	–
Arbeitslosenrate saisonbereinigt	in %	Mai	5 5	+
Verbraucherpreise		April	+ 3 1	=
Umsätze des Einzelhandels real		März	+ 2 1	+
Dauerhafte Güter		März	+ 3,9	+
Warenexport nominell		März	+10,3	=
Warenimport nominell		März	+13 7	–
		Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. S		
Handelsbilanz		März	– 2 2	+
Leistungsbilanz		März	– 3 6	=

[1]) Trend der gleitenden Dreimonatsdurchschnitte (saison- und teilweise arbeitstägig bereinigt)

[1]) Siehe auch Stankovsky J „Österreichs Osthandel im Umbruch" in diesem Heft

Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1980 = 100



Trotz des beschleunigten Nachfragewachstums im Inland stieg der Import im I. Quartal mit +9¾% (gegenüber dem Vorjahr) schwächer als der Export. Die Minderung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Dollarabwertung hat sich auf die Warenströme offenbar noch nicht ausgewirkt. Das Handelsbilanzdefizit war mit knapp 24 Mrd S ähnlich hoch wie im Vorjahr. Der Überschuß im Reiseverkehr fiel deutlich niedriger aus, nicht nur wegen des schneearmen Winters und aufgrund von Kalenderverschiebungen, sondern auch wegen des Nachfrageausfalls der Einkaufstouristen nach der Einführung restriktiverer Zollbestimmungen in Ungarn.

Selbst der neuerliche Produktionsaufschwung kann nicht verhindern, daß sich auf dem Arbeitsmarkt das Ungleichgewicht nun wieder vergrößert. Zwar stieg im Mai die Zahl der Beschäftigten im Vorjahresvergleich ebenso rasch wie in den Vormonaten, und die Marke von 2,9 Millionen wurde um zwei Monate früher als im Jahr 1989 überschritten. Gleichzeitig nimmt aber das Angebot an neuen Arbeitskräften immer rascher zu, sodaß die Arbeitslosigkeit zuletzt bereits um 13.100 bzw. 10% über dem Vorjahreswert lag. Das Ausmaß diese Zuwachses ist allerdings überhöht: Fast die Hälfte entfällt auf Asylwerber, die im Vorjahr noch nicht in der Statistik erfaßt wurden.

Sinkende Notierungen auf den Rohwarenmärkten und der niedrige Dollarkurs haben den Rohwareneinsatz in der Produktion verbilligt und dämpfen so den kostenbestimmten Preisauftrieb[2]). Dagegen steigen die Lohnkosten seit Jahresbeginn rascher. Neben den Lohnabschlüssen im Herbst trägt hiezu die kräftige Nachfrage nach Arbeitskräften bei, die höhere Überzahlungen des Tariflohnniveaus bewirkt. Die Inflationsrate, gemessen an den Verbraucherpreisen, blieb von Februar bis April mit 3,1% unverändert.

Höhere Risken der Auslandskonjunktur

Die Konjunkturprognosen der internationalen Organisationen vom Frühjahr erwarten bis Jahresende eine allmähliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den Industrieländern[3]). Sie gehen davon aus, daß die monetäre Restriktion richtig dosiert war, um die Inflation zu stabilisieren. Dieses Ziel scheint nunmehr erreicht — die Rohstoffpreise geben zusätzlich Anlaß für Stabilitätsoptimismus —, sodaß eine weitere Erhöhung der Leitzinsen nicht nötig wäre. Für die USA mag diese Annahme zutreffen; die Prognosen berücksichtigen aber noch nicht, daß die Initiative für den weltweiten Zinsauftrieb inzwischen auf Japan und die Bundesrepublik Deutschland übergegangen ist. Eine erste Welle von Zinssteigerungen und der Schwäche der DM unmittelbar nach Bekanntgabe des Planes einer deutsch-deutschen Währungsunion ist relativ rasch wieder abgeebbt; eine weitere könnte folgen, falls dieses Vorhaben doch stärkeren Druck auf Preise, Kapitalmarkt und öffentliche Haushalte in der BRD ausübt, als derzeit erwartet.

Abgesehen von den Unsicherheiten der Sonderentwicklung in Deutschland bestätigen die neueren Daten den Optimismus der Prognosen bezüglich eines friktionsfreien Ausschwingens des Konjunkturzyklus. Die USA befinden sich nun auf einem sehr flachen Wachstumspfad, der es erleichtert, sowohl die Inflation zu dämpfen als auch das Leistungsbilanzdefizit weiter abzubauen. Auch in Japan bremst die Geldpolitik, die aus Gründen der Binnen- wie der Außenwirtschaft sehr restriktiv eingestellt ist, das Wachstum, das dennoch heuer über 4% liegen dürfte. In Westeuropa gehen von der Bundesrepublik Deutschland deutliche Wachstumsimpulse auch auf andere Länder aus. Das inländische Produktionspotential scheint zwar voll ausgelastet, bisher aber noch nicht überbeansprucht zu sein. Die Inflationsrate ist zuletzt auf 2¼% gesunken.

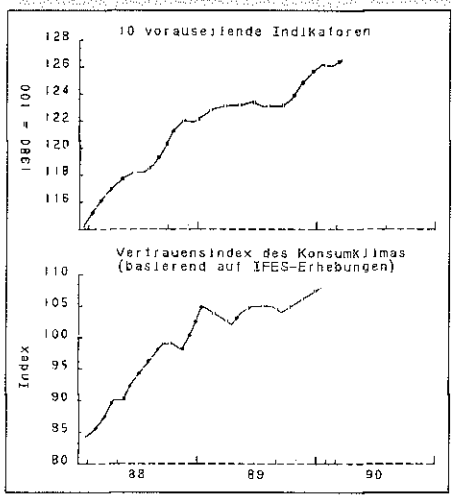
Der Produktionsaufschwung erfaßt zur Zeit fast alle Industriebranchen. Am stärksten profitieren die Erzeuger von Fertigwaren, vor allem von Investitionsgütern, aber auch von langlebigen Konsumartikeln.

Entspannung auf dem US-Geldmarkt

Die Einschätzung des geldpolitischen Kurses durch das Federal Reserve System sowie die Zinsentwicklung auf den Finanzmärkten der USA hängen wesentlich von der Beurteilung der jüngsten Konjunkturdaten ab. Die Werte für das I. Quartal — besonders die hohe Jahresrate der Inflation von über 8% — ließen im April noch eine verschärfte monetäre Politik erwarten. Die Arbeitsmarktdaten für April und Mai deuten allerdings auf eine Konjunkturabschwächung hin, zinssenkende Signale des Federal Re-

[2]) Siehe auch Pichl, C., „Weiterhin fallende Industrierohstoffpreise" in diesem Heft
[3]) Siehe auch Breuss, F., „Sonderentwicklung in Deutschland überlagert internationale Konjunkturabkühlung" in diesem Heft

WIFO-Konjunkturbarometer



serve System sind aber bisher ausgeblieben Die Notenbank der USA behielt auch im Mai ihre straffe Geldpolitik bei; dies spiegelte sich im sofortigen Entzug von Reserven aus dem Bankensystem, als der Taggeldsatz (Federal Funds Rate) unter 8,25% fiel Die jüngsten Konjunkturdaten, die eine Stagnation andeuten, haben die Anleihenkurse Anfang Juni kräftig steigen lassen Die Rendite der Treasury Bills der USA mit einer Laufzeit von 30 Jahren ist von vorübergehend knapp über 9% Ende April auf 8½% gefallen.

Zinsen in der BRD steigen noch

Das Ausmaß der finanziellen Belastungen der am 1 Juli in Kraft tretenden Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der BRD mit der DDR ist nach wie vor ungewiß Die Zinsen der BRD tendieren weiter aufwärts die Sekundärmarktrendite für öffentliche Anleihen lag im Mai nur knapp unter 9%, nachdem sie im April geringfügig gefallen war

In Österreich haben die Kapitalmarktsätze die Zinssteigerungen in der BRD mitvollzogen, wenn auch in geringerem Umfang Das seit Anfang Februar negative Zinsdifferential — gemessen an der Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen — betrug im

Zuletzt schwächere DM

Mai im Durchschnitt 12 Basispunkte, nach 8 Basispunkten im April

Nachdem der Dollar Mitte Mai mit 11,5 S seinen Tiefstand von der Jahreswende 1987/88 erreicht hatte, erholte er sich in der zweiten Mai-Hälfte deutlich und notiert Anfang Juni mit rund 12 S Politische wie ökonomische Risken der Währungsunion haben die DM sowohl gegenüber dem Dollar als auch gegenüber den anderen Währungen im EWS geschwächt Vor allem der Schweizer Franken gewann aufgrund von Kapitalzuflüssen aus der BRD an Stärke Infolge des Festhaltens an der fixen Wechselkursrelation zur DM übertragen sich Wechselkursbewegungen auch auf den Schilling

Nominell-effektiv betrug der Wertgewinn des Schillings auch im April 3,2%, real-effektiv beschleunigte er sich leicht: Der Index (ohne Jugoslawien) stieg um 2%.

Industrie erzeugt um 10% mehr als im Vorjahr

Die Industrieproduktion weitete sich im März 1990 weiterhin sehr rasch aus: Sie lag insgesamt (ohne Energieerzeugung) um 10%, je Arbeitstag um 9% über dem Niveau des Vorjahres. Die kräftige Konjunktur stützt sich nunmehr hauptsächlich auf die Produktion von Maschinen und

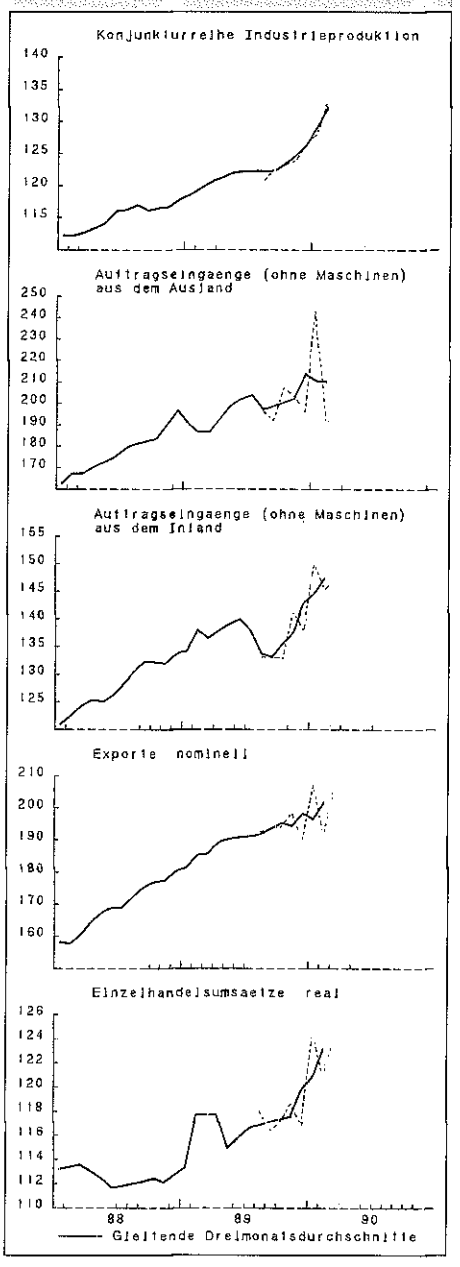
Die gute Konjunktur kann nicht verhindern, daß sich auf dem Arbeitsmarkt das Ungleichgewicht wieder erhöht. Zwar wächst die Beschäftigung ungebrochen, doch nimmt das Angebot an Arbeitskräften immer rascher zu. Die Arbeitslosigkeit steigt vor allem unter den Ausländern, von denen nun auch die Asylwerber in der Statistik erfaßt werden.

Ausrüstungsgütern, die weiterhin deutlich zunahm. Noch immer dynamisch, wenn auch weniger expansiv ist die Produktion von Vorleistungen, während die Erzeugung von Konsumgütern stieg um 8%.

In der Grundmetallerzeugung dürfte die Konjunktur vorerst zu Ende sein, und zwar sowohl im Eisen- und Stahlbereich als auch bei den Nichteisen-Metallen Auch in der Bekleidungsindustrie weitete sich die Produktion kaum aus, die Impulse in der Papiererzeugung, der Chemie- und der Stein- und Keramikindustrie waren nur schwach Spitzenreiter im Produktionswachstum sind die Maschinen-, die Elektroindustrie und die Glaserzeugung

Produktion und Nachfrage

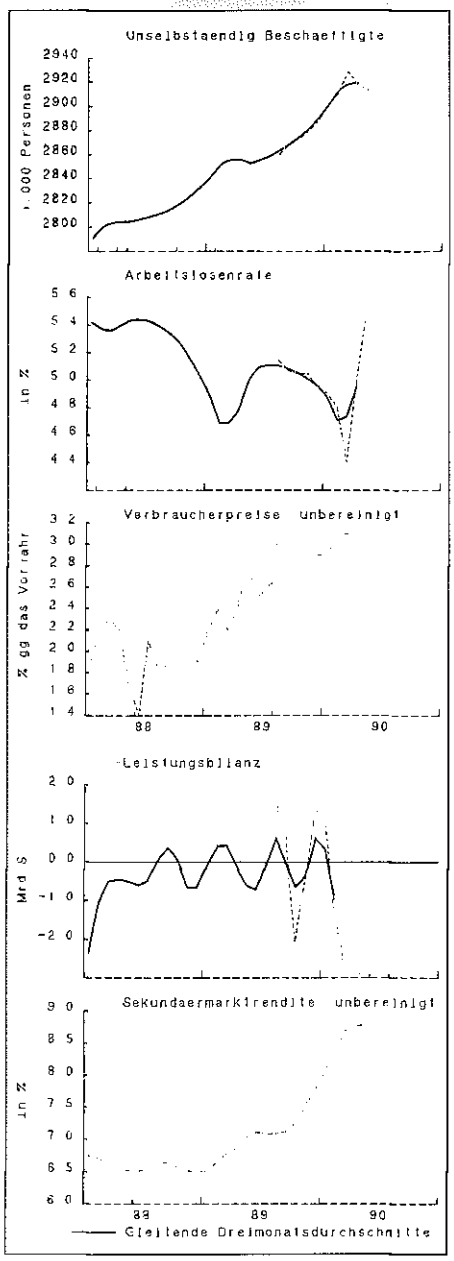
Saisonbereinigt, 1980 = 100



Die jüngsten Ergebnisse der Auftragsstatistik deuten eine leichte Verlangsamung der Konjunktur an, da die Auftragseingänge vor allem im März schwächer als in den Vormonaten waren Bei fast ungebrochener Expansion der Produktion bedeutet dies eine leichte Verringerung der Auftragsbestände, allerdings auf weiterhin sehr hohem Niveau. Die Produktion wird daher voraussichtlich auch in den nächsten Monaten kräftig wachsen, wenn auch die Steigerungsraten im Jahresabstand geringer als zuletzt sein dürften

Die Konsumnachfrage war zu Jah-

Wirtschaftspolitische Eckdaten
Saisonbereinigt



resanfang sehr lebhaft. Im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar waren die Einzelhandelsumsätze saisonbereinigt real um 4,2% (dauerhafte Konsumgüter +6,0%) höher als in den vorangegangenen zwei Monaten. Nach vorläufigen Meldungen des

Nachfrage nach Konsumwaren im Aufschwung

Einzelhandels blieb der Geschäftsgang auch im März und April günstig.

Der Einzelhandel setzte im Februar real um 5,2% mehr Waren um als vor einem Jahr (Jänner +9,8%). Die Umsätze mit dauerhaften Konsumgütern, insbesondere jene mit Möbeln und Heimtextilien, optischen und feinmechanischen Erzeugnissen sowie Uhren und Schmuckwaren, wuchsen gegenüber dem Vorjahr wieder überdurchschnittlich (+8,3%). Die Nachfrage nach nichtdauerhaften Konsumgütern stieg um 3,8%, vor allem Schuhe (+15,9%) sowie Bücher, Zeitungen und Zeitschriften (+13,7%) wurden mehr nachgefragt.

Der Großhandel setzte im Februar real um 2% weniger um als vor einem Jahr, bereinigt um das Kompensationsgeschäft einiger Transithändler stiegen die Umsätze jedoch um 3,4%. Saisonbereinigt stagnierte die Nachfrage im Durchschnitt von Jänner und Februar real auf dem Niveau der zwei Monate zuvor.

Geringerer Leistungsbilanzüberschuß

Die Leistungsbilanz weist im I. Quartal 1990 ein Aktivum von 6,9 Mrd S aus. Der gegenüber dem I. Quartal 1989 um 4,5 Mrd. S geringere Überschuß geht im wesentlichen auf einen kleineren Positivsaldo im Reiseverkehr zurück (+21,5 Mrd S gegenüber +25,6 Mrd S im Vorjahr). Den Rückgang bedingten einerseits kräftig eingeschränkte Ausgaben der Ungarn in Österreich (seit April 1989 gelten in Ungarn restriktivere Zollbestimmungen), andererseits fiel Ostern heuer in das II. Quartal. Die Handelsbilanz schloß mit einem ähnlich hohen Defizit wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres (−23,9 Mrd. S gegenüber −23,5 Mrd. S), der Warenexport stieg etwas stärker als der Import. Mit 11,2 Mrd. S war das Defizit in der Kapitalbilanz um 1,8 Mrd S niedriger als 1989. Nach Berücksichtigung einer Statistischen Differenz von −3,3 Mrd. S sowie der „Reserveschöpfung und Bewertungsänderungen" (+0,5 Mrd S) nahmen die offiziellen Währungsreserven gegenüber dem Jahresende 1989 um 7,2 Mrd S ab, swapbereinigt stiegen sie jedoch um 4½ Mrd S.

Asylwerber erhöhen registrierte Arbeitslosigkeit

Die Nachfrage nach Arbeitskräften wächst ungebrochen. Im Mai stieg die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr — um 62.800 oder 2,2% — wie im Durchschnitt der drei Vormonate. Saisonbereinigt gab sie jedoch nach, weil nach dem Winter die Personalkapazität in den witterungsabhängigen Sparten früher als üblich aufgestockt wurde. Auch die Zahl der offenen Stellen expandierte im Jahresabstand mit +16.000 (+31,2%) etwas weniger deutlich als in den zwei Monaten zuvor. Gleichzeitig setzt sich in der Arbeitslosigkeit der Aufwärtstrend wieder stärker durch. Ende Mai waren mit 142.000 um 13.100 oder 10,2% mehr Arbeitsuchende registriert als im Vorjahr; die Arbeitslosenquote lag mit 4,7% um 0,4 Prozentpunkte höher.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit entfiel im Mai zu zwei Dritteln (+8.026) auf Ausländer und zu einem Drittel auf Inländer (überwiegend Frauen). Der kräftige Angebotszuwachs auf dem Arbeitsmarkt erhöht den Konkurrenzdruck unter den Neueintretenden und mindert vor allem die Beschäftigungschancen schwächerer Gruppen. Asylwerber wurden im Laufe des Monats relativ rasch in den Arbeitsmarkt integriert (1.020 Arbeitsaufnahmen), vor allem in den Elektro- und Metallbranchen, in der Bauwirtschaft sowie in Hilfsberufen allgemein; der Großteil der Asylwerber sind Männer und überwiegend Rumänen; sie haben zu 80% nur die Pflichtschule abgeschlossen. Ende Mai waren 5.206 von ihnen als arbeitslos registriert. Da Asylwerber 1989 noch nicht in der Arbeitslosenstatistik erfaßt wurden, ist der Anstieg der Ausländerarbeitslosigkeit zu zwei Dritteln allein die Folge dieses institutionellen Effektes.

Preisauftrieb ohne Beschleunigung

Trotz steigenden Arbeitskostendrucks im Ausland und im Inland verlief die Preisentwicklung in den letzten Monaten in ruhigen Bahnen. Seit Februar lautet die 12-Monats-Steigerungsrate des Verbraucherpreisindex 3,1%. Von Monat zu Monat ergeben sich in Teilkomponenten jedoch bisweilen kräftige Schwankungen; diese Ausschläge gehen hauptsächlich auf Saisonschwankungen zurück (Obst, Gemüse und Kartoffeln; Reisen und Unterkunft) und dürfen nicht als konjunkturelle Änderungen gedeutet werden. Auch im Vorjahresvergleich haben diese Positionen die Preisentwicklung entscheidend beeinflußt

(besonders kräftige Verteuerung der Übernachtungen im Ausland) Läßt man sie außer acht, beträgt die Inflationsrate im April im Vorjahresvergleich nur 2,4% (März 2 7%)

Rascheres Lohnwachstum

Die Frühjahrslohnrunde läuft mit Kollektivvertragsabschlüssen für einige kleinere Arbeitnehmergruppen aus Die Lohnerhöhungen bewegen sich in dem Bereich, der schon in der Herbstlohnrunde abgesteckt wurde: Tariflohnerhöhungen zwischen 7% und 7,5%, Ist-Lohnerhöhungen zwischen 5,5% und 6%

Der Tariflohnindex vom April 1990 erfaßt noch nicht alle Abschlüsse der Frühjahrslohnrunde (Bauwirtschaft und verwandte Bereiche, Chemieindustrie, Gastgewerbe u. a) Der Abstand gegenüber dem Vorjahr beträgt im April 1990 +5,3%, nach +3,9% im Durchschnitt des Jahres 1989 Dagegen lautete die Veränderungsrate in der Industrie bereits +6,0% (1989 +4,5%) In den ersten zwei Monaten dieses Jahres lagen die Monatsverdienste je Beschäftigten in der Industrie (einschließlich Sonderzahlungen) um 8,1% über dem Niveau des Vorjahres, in der Bauwirtschaft um 5,2%

Abgeschlossen am 12 Juni 1990